

# Was nun?

## Die Massenmobilisierung einer traditionell regierungsfreundlichen Gemeinschaft überrascht

**30.000 Malaysische Inder nahmen am 25. November 2007 an einem von der Hindu Rights Action Force (Hindraf) organisierten Protest teil. Warum sind sie auf die Straße gegangen, was sind ihre Beschwerden?**

**P. Ramasamy**

Die Unzufriedenheit der Malaysischen Inder reicht zurück bis in die Zeit, als es sie erstmals in städtische Gebiete zog. Während der Kolonialzeit waren Inder hauptsächlich in den Plantagen in den Staaten an der Westküste der Malaysischen Halbinsel vertreten. Nach der Unabhängigkeit wurden viele Plantagen jedoch verkauft, und die indischen Arbeiter waren gezwungen in städtische Gebiete abzuwandern.

Die Landflucht verstärkte sich unter der *New Economic Policy* (NEP), wobei mehrheitlich aus Indonesien stammende Fremdarbeiter das daraus resultierende Vakuum in den ländlichen Gebieten füllten. Mit der zunehmenden Verstädterung der Inder waren sie auch mehr und mehr verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen ausgesetzt, namentlich wirtschaftlichen Entbehrungen und einem ernstzunehmenden Mangel an angemessener Unterkunft.

Die Regierung allerdings befasste sich zu der Zeit in erster Linie mit den Sorgen der Malaien und der Durchsetzung von Megaprojekten, und hatte kaum Zeit für die Inder. Diese endeten daher fast unausweichlich als Hausbesetzer auf staatlichem oder privatem Grundbesitz in oder in unmittelbarer Nähe größerer städtischer Zentren.

Die Koalitionsregierung des *Barisan Nasional* (BN) überließ es dem *Malaysian Indian Congress* (MIC) und seinem Vorsitzenden, Datuk S. Samy Vellu, sich dieser Probleme anzunehmen. Doch der MIC hatte weder Mittel noch politische Macht. Da die Verantwortung für den Erfolg der MIC-Kandidaten bei landesweiten Wahlen größtenteils bei den Malaiischen Wählern lag, war die MIC-Führung sehr von UN-Beobachtern (United Nations Military Observers, UNMO) abhängig.

Auch bei der gerechten Verteilung der ihm zugeordneten Mittel versagte der MIC erneut. In den frühen 1980er Jahren, wurden Telekom-Anteile, die an die Investitionsabteilung der Partei, *Maika Holdings*, ausgegeben worden waren, ohne jeglichen Vorteil für die indische Gemeinschaft an drei Firmen verteilt. Die Bereitstellung von Sozialwohnungen, über die der MIC aufgrund seiner Stellung als Unterorganisation des BN verfügte, litt ebenfalls an der öffentlichen Auffassung, dass diese Großzügigkeit nicht fair und transparent verteilt wurde.

### Islamisierung

Nach 1980 brachte die Regierung die hinduistischen Inder durch ihre Betonung der Islamisierung gegen sich auf. Die nicht-muslimischen Gemeinschaften waren fassungslos angesichts der vorhergehenden Erklärung des ehemaligen Premierministers Mahathir Mohamad, Malaysia sei ein islamisches Land.

Hinduistische Inder sind am meisten von dem Beginn der Islamisierung betroffen. Da viele hinduistische Tempel oft keine Registrierung haben, sind sie zur Zielscheibe für den Staat und lokale Behörden geworden.

Einige Tempel, viele von ihnen über 50 Jahre alt, wurden auf dieser Grundlage abgerissen, wobei ein Großteil der Zerstörung in Selangor und, im Besonderen, in der Nachbarschaft der Staatshauptstadt Shah Alam stattfand.

Es halten sich beharrlich Gerüchte über ein ungeschriebenes Vorhaben, Shah Alam in eine islamische Stadt zu verwandeln. Demzufolge ist auch der Glaube an zielgerichtete Versuche zur »Säuberung« der Stadt und ihrer Umgebung von nicht-muslimischen Gebetsstätten weit verbreitet. Der Hindraf-Marsch am 25. November – nur wenige Tage vor Deevapali – war von der Zerstörung eines 70 Jahre alten Hindutempels in Kampung Jawa, Shah Alam ausgelöst worden.

Der Autor ist *Visiting Senior Fellow* am Institut für Südostasienstudien in Singapur.

Tatsächlich scheint der unsensible Abriss von Tempeln, und nicht wirtschaftliche Entbehrungen, im Mittelpunkt der Wut der Inder zu stehen. Vor dem Abbruch des Kampung Jawa Tempels, hatten Staatsbeamte einige historische Tempel in Selangor, Kedah, Perak, Negeri Sembilan und Malacca zerstört – allesamt Staaten mit großer Bevölkerungsdichte von Hindus.

Ein recht beunruhigender Aspekt der Islamisierung Malaysias ist auch das langsame, aber sichere Eindringen islamischer Sharia-Gesetze in das Leben von Nicht-Muslimen. Verschiedene Vorgehensweisen muslimischer Beamter sowie Entscheidungen von Sharia-Gerichten greifen in die Rechte von Nicht-Muslimen ein.

### Wirtschaftliche Entbehrungen

Als die Inder von den Plantagen weg und hinein in die städtischen Gebiete zogen, traten sie in Konkurrenz mit den Malaien. Angesichts der für die Malaien begünstigenden Regierungspolitik blieben die meisten Ausbildungsberufe jenseits der Reichweite der Inder.

Der Privatsektor ist nicht wesentlich freundlicher. Seitdem NEP-Zugehörigkeit eine Voraussetzung für die Erteilung von Geschäftslizenzen ist, sehen sich viele Inder außer Stande sich in legalen Geschäften zu betätigen. Stattdessen nehmen sie Zulieferverträge mit geringeren Gewinnmargen an. Sogar Müllsammelerlizenzen sind schwer erreichbar für Inder, da diese Erlaubnis den Malaien vorbehalten ist. Um aus dieser Klemme herauszufinden, verrichten viele Inder niedere Arbeiten. Andere verlegen sich auf Kriminalität und andere unsoziale Betätigungen. Gleichzeitig führt der Konflikt über den Zugang zu knappen Mitteln auch häufig zu brudermörderischer Gewalt innerhalb der Gemeinschaft.

In den 1990er und 2000er Jahren begannen die Massenmedien anzudeuten, dass Inder eine »kulturelle Disposition« für Kriminalität und Drogenmissbrauch hätten. Während neueste Studien beweisen, dass die Kriminalitätsrate unter Indern nicht so alarmierend ist, wie sie weithin dargestellt wird, haben Sicherheitsorgane wie die Polizei eine andere Meinung. Angesichts dieser Wahrnehmung ist es kein Wunder, dass viele Inder aufgrund von mutmaßlicher »Beteiligung« an Verbrechen festgenommen werden.

Im Jahr 2001 griff eine Gruppe malaiisch-muslimischer Jugendlicher sechs ethnische Inder an und tötete sie. Der Vorfall ereignete sich in Kampung Medan, einem Vorort von Petaling Jaya. Im Zuge der darauf folgenden gewalttätigen Auseinandersetzungen wurden zahllose Inder verletzt. Nach dem Vorfall verlangten viele indische Organisationen, eine von der Regierung eingesetzte königliche Untersuchungs-

kommission. Doch bis heute hat die Regierung nicht reagiert.

Seitdem haben Gruppen wie die Hindraf begonnen, sich einer radikaleren Sprache zu bedienen, um die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Misere der Gemeinschaft zu lenken. Es war in diesem Zusammenhang, dass Hindraf-Leiter auch von »Ethnischer Säuberung« und dem »Mini-Genozid« an den Indern sprachen.

Die Polizei hatte klare Anweisung, die Hindraf-Kundgebung am 25. November zu stoppen. In den frühen Morgenstunden umstellte die Polizei das Gelände des *Batu Caves* Tempels und befahl den Versammelten, sich zu zerstreuen. Als die Lage sich zunehmend anspannte, setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein, um die Menge auseinander zu treiben.

Polizeikräfte verhafteten ebenfalls zahlreiche Demonstranten und beschuldigten später 31 Menschen, viele von ihnen unbeteiligte Zuschauer, des versuchten Mordes an einem Polizisten.

Premierminister Abdullah Badawi war erbost, dass Anführer der Hindraf mit extremen Worten die Notlage der Inder beschrieben. Er warnte die Demonstranten, dass er nicht zögern würde, sie unter dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) festzunehmen, das eine Verhaftung ohne Gerichtsverhandlung ermöglicht.

Dem Premierminister war jedoch offenbar nicht das Ausmaß der internationalen Aufmerksamkeit bewusst, die die harte Vorgehensweise der Polizei gewonnen hatte. Insbesondere der Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern gegen unbeteiligte Zuschauer wurde von Ländern wie Indien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten bemerkt.

Die raue Polizeiaktion veranlasste den indischen Premierminister Manmohan Singh auch zu seiner Aussage, der Vorfall erfülle ihn mit Besorgnis, weil Inder betroffen waren. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie *Human Rights Watch* und *Amnesty International* drängten die Regierung, die Versammlungsfreiheit aufrechtzuerhalten und das Gesetz zur Inneren Sicherheit nicht anzuwenden.

Die Regierung fürchtete jedoch weitere Proteste, nicht nur seitens der Hindraf, sondern auch von Bersih, einem Zusammenschluss von beinahe 70 zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und politischen Oppositionsparteien.

Am 13. Dezember 2007 wurden die Hindraf-Anführer P. Uthayakumar, M. Manoharan, R. Genghadharan, V. Ganabathirau und T. Vasanthkumar festgenommen und in das Internierungslager in Kamunting, Perak geschickt.

Premierminister Abdullahs uncharakteristische Bemerkungen über den Einsatz des Gesetzes zur Inneren Sicherheit kamen für viele Beobachter überraschend. Weitere hochrangige Umno-Anführer äußerten sich ähnlich. Der Staatssekretär im Amt des

Neue Jobs für Sabah

Malaysia's B... (faded)

Premierministers, Mohd Nazri bin Abdul Aziz, rief andere Länder auf, sich nicht in Malaysias innere Angelegenheiten zu mischen.

Diese Aussagen verliehen den Eindruck der Verfolgung einer hinduistisch-indischen Gruppe durch eine von Malaien dominierte Regierung. Gerüchte über den Einzug von Hindraf-Anhängern in die malaiische Enklave Kampung Baru und einer geplanten Kundgebung einer malaiischen Gemeindeorganisation namens *Pekeda* gelangten in Umlauf.

In einem augenscheinlichen Versuch, die Gemüter in der Folge der Verhaftungen zu besänftigen, traf Datuk Seri Abdullah eine Anzahl indischer Gemeindevorstände zusammen mit Datuk Samy Vellu in Putra Jaya. Der Generalstaatsanwalt zog die Anklagen wegen versuchten Mordes gegen die 31 Häftlinge zurück. Stattdessen wurden 25 von ihnen wegen unzulässiger Versammlung angeklagt und sechs freigelassen.

Bei dem Treffen rief der Premierminister zum offenen Dialog auf. Herr A. Vaithilingam, Präsident des malaysischen Hindu Sangam, und Herr P. Sivakumar von der malaysisch-indischen Geschäftsvereinigung, nahmen kein Blatt vor den Mund. Während Herr Vaithilingam über die Zerstörung der Tempel und die Auswirkungen der Sharia-Gesetzgebung sprach, umriss Herr Sivakumar die wirtschaftliche Notlage der Inder.

Im Gegensatz dazu spielten Datuk Samy Vellu und der MIC den Hindraf-Vorfall runter. In letzter Zeit hat der MIC-Vorstand »ein wenig Hilfe« für die Inder von der Regierung beantragt. Der vormalige Vizepräsident des MIC, Datuk S. Subramanam, ging so weit, die Verhaftung von Hindraf-Anführern zu unterstützen.

### Auswirkungen

Die Hindraf-Demonstration hat Malaysias tolerantes Image beschädigt. Premierminister Abdullahs Islam *Hadhari* als ausgeglichene und moderate Ausprägung des Islams scheint auch ins Hintertreffen geraten zu sein gegenüber dogmatischeren Religionsformen.

Die Kundgebung hat ebenfalls die Autorität und das Ansehen des Premiers in Frage gestellt. Auf Anraten einiger gieriger Umno-Führer versuchte er, seine Autorität wieder zu behaupten, wobei er seinen guten Ruf als toleranter und gerechter Staatsmann über Bord warf.

In den landesweiten Wahlen 2004 gewann der Premierminister sein Mandat mit überwältigender Mehrheit dank seiner Popularität und des Versprechens, härter gegen die Korruption durchzugreifen. Seine kürzliche Razzia gegen die Hindraf-Kundgebung hat jedoch gezeigt, dass er nichts gegen den Einsatz grober Mittel einzuwenden hat.

Es scheint unter Malaysiern – insbesondere Indern – der generelle Konsens vorzuherrschen, dass Datuk Sami Vellus Einfluss ebenfalls geschwächt ist. Einige



Ist dieser Tempel sicher vor Anschlägen?

Foto: Archiv

Mitglieder indischer politischer Parteien, die mit dem NBC konform gehen, forderten den MIC-Vorstand auf, Rechenschaft über Mittel abzulegen, die die Partei von der Regierung erhalten hatte. Der Präsident der *Peoples' Progressive Party* kritisierte vor kurzem den MIC-Vorstand wegen seiner Vernachlässigung der Inder.

Unbeirrt von dem Hindraf-Vorfall stellt sich Datuk Samy Vellu immer noch als Schlüsselfigur dar. In einer Presseerklärung vom 24. Dezember gab er an, mit der Überwachung sämtlicher Hindu-Tempel im Land beauftragt worden zu sein. Er sagte ebenfalls, dass der MIC in die Offensive gehen würde, um zu beweisen, dass er der malaysisch-indischen Gemeinschaft auf verschiedenste Weise geholfen habe.

Manche mögen die Hindraf als radikale Organisation ansehen. Andere jedoch sind der Meinung, dass ohne die Aktionen der Hindraf die indische Frage niemals solch internationale Aufmerksamkeit erlangt hätte. Die Malaysische Regierung wird unter scharfer Beobachtung von Seiten der internationalen Gemeinschaft stehen, wenn sie die von der Hindraf thematisierten Sachverhalte in Angriff nimmt.

Übersetzung aus dem Englischen von Michaela Unterbarnscheidt. Eine ausführliche Fassung des Artikels erschien am 31.12.2007 in der *Strait Times*.